



Die Senatoren Rabe und Scheele überschlagen sich mit Erfolgsmeldungen und vor Ort, an den Schulen und KiTas, hat sich kaum etwas verändert. Die neuen Kolleg_innen, die an den Schulen eingestellt werden, sind notwendig, um die beschlossenen Maßnahmen wie Ganztagschule und Inklusion überhaupt umzusetzen. Außerdem müssen viele Kolleg_innen ersetzt werden, da jetzt viele in Pension gegangen sind. Der sogenannte Einstellungsrekord ergibt sich also fast automatisch und ist keine besondere Tat. Bei den KiTas sieht es ähnlich aus: Ja, Hamburg erreicht die notwendigen Betreuungsquoten bei den Krippenplätzen; allerdings bei dem schlechtesten Personalschlüssel im Ländervergleich. Das wiederum – wir kennen das System – heißt, dass die einzelnen Kolleg_innen stärker belastet sind und die Kinder nicht die pädagogische Zuwendung bekommen, die ihnen zusteht.

Weiterhin gibt es keine zusätzliche Aufgabenkritik im Schulbereich. Die schon bei Einführung des AZM 2003 nicht ausreichenden Zeitfaktoren für die Arbeit von Pädagog_innen sind nicht verändert worden. D.h., die 50 zusätzlichen Aufgaben, die schon vor Einführung von Ganztagschulen und flächendeckender Inklusion behördlicherseits in einer Untersuchung festgestellt worden sind, werden nicht durch Entlastungen aufgefangen, sondern es wird drauf gesattelt. Kein Wunder, dass die Kolleg_innen um ihre

Gesundheit fürchten und z.B. in Teilzeit gehen. 55% der Pädagog_innen arbeiten in Teilzeit und finanzieren damit die Reformen im Schulbereich.

Auf allen Ebenen versucht Senator Rabe der Kritik der unzureichenden Personalausstattung auszuweichen. Bei dem erhöhten Bedarf an Schulbegleitern wurde zunächst den Eltern und Schulen unterstellt, sie wollten sich unerlaubter Weise mehr Ressourcen genehmigen. Dabei ist durch die Einführung der inklusiven Beschulung der Mehrbedarf an Schulbegleitern notwendig geworden. Ebenso misstrauisch wird der erhöhte sonderpädagogische Förderbedarf für Kinder mit Problemen in den Bereichen Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung (LSE) betrachtet. Hier gab die

sonderpädagogischem Förderbedarf als realistisch zu bewerten. Diese Quote liegt nur wenig über dem Bundesdurchschnitt von 6,3%. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass diese erhöhte Quote kein spezifisches Hamburger Problem ist, sondern in allen deutschen Großstädten zu beobachten ist. Den Schluss, den Senator Rabe aus diesem Zwischenbericht zieht, nämlich abzuwarten, bis der endgültige Bericht vorliegt, ist fahrlässig. Jetzt muss der Senator handeln und die Ressourcenzuweisung deutlich steigern, bevor alle Beteiligte überfordert sind und die inklusive Beschulung ablehnen.

Im Hochschulbereich sind die Kolleg_innen ebenfalls enttäuscht worden. Die SPD wollte ein demokratisches Hochschulgesetz vorlegen, so jedenfalls hieß es noch in der Opposition. Was dabei herausgekommen ist, fällt hinter die Vorlage des vorigen Senats zurück.

Außerdem sollen 97 der Bachelor-Lehramts-Studierenden nicht in das Masterstudium übernommen werden. Sie können kein Referendariat antreten und müssen ihr Studium unterbrechen. Verantwortungsvolle Hochschulpolitik bedeutet: Mas-

**Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt,
Regina Tretow**

Baustelle Bildung

BSB eine Untersuchung in Auftrag, deren Zwischenbericht Ende August veröffentlicht wurde. Der erhöhte Bedarf kommt insbesondere dadurch zustande, dass die bisherigen IR-Schulen bis 2011/12 pauschale Zuweisungen von Sonderpädagogikstunden bekamen, mit denen sie LSE-Kinder beschulen konnten, sie aber nicht statistisch erfassen mussten. Nach dem Zwischenbericht ist die ermittelte Anzahl von 6,64 % Kindern mit

terplatzgarantie für alle Bachelor-Absolvent_innen!

Derzeit investiert Deutschland lediglich 5,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in das Bildungswesen. Will die Bundesrepublik den Anschluss an das europäische Spitzenniveau nicht verlieren, müssen die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft auf 7% des BIP steigen. Berücksichtigt dies bei der Bundestagswahl am 22. September!